

Newsletter – Ausgabe Nr. 16

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

Ende September hat die letzte Verbandsversammlung der alten Wahlperiode stattgefunden. Auch auf dieser Sitzung sind SPD und Grüne scheinbar ohne Bedenken wieder dem Willen der CDU-Fraktion gefolgt, haben sie doch bis auf wenige Enthaltungen unseren Antrag zur Einführung von Sozialtarifen in die Bäder der Freizeitgesellschaften abgelehnt – na ja, einige Enthaltungen gab es bei den Grünen, eine bei der SPD ...

Aber wen wundert es, denn auch im RVR stehen nach der ersten Direktwahl Koalitionsgespräche ins Haus. Es wird spannend werden, wie sich die drei Fraktionen und die Ruhr-Gliederungen von SPD, CDU und Grünen dieses Mal entscheiden. Denn die SPD ist knapp stärkste Fraktion geworden, rechnerisch würde es für eine Große Koalition und ebenso für rot-grün oder schwarz-grün reichen. Da musste man gerade beim letzten Treffen dafür Sorge tragen, dass die Stimmung für den Einstieg in die Gespräche nicht verdorben wird ... und lehnt auch mal einen Antrag der LINKEN ab, den man vor vier Jahren unterstützt hat.

Denn schon damals hatte die Verbandsversammlung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Geschäftsleitung beauftragt, die Tarife bei den Revierparks zu vereinheitlichen und einen Sozialtarif einzuführen, wie ihn die meisten städtischen Bäder haben. Vereinheitlicht wurde, der Sozialtarif steht jedoch bis heute mit fadenscheiniger Begründung aus. Deshalb unser neuer Antrag.

Absehbar ist, dass die Anpassung der Grünen an die CDU, die in der Beteiligung an der Abahl des grünen, von der CDU hart attackierten Planungsdezernenten gipfelten, nichts genutzt haben. Denn SPD und CDU haben inzwischen erklärt, dass sie zunächst exklusiv über eine Große Koalition verhandeln wollen. Damit tritt die SPD auch ihre eigene Positionierung vor der Wahl mit den Füßen, denn gerade im Ruhrgebiet hat sie lauthals Große Koalitionen als Stillstand kritisiert. Was in der letzten Verbandsversammlung des RVR in der 13. Wahlperiode diskutiert wurde und wie die LINKE sich dazu positioniert hat, findet Ihr in der aktuellen und letzten Ausgabe unseres Newsletters.

Eine anregende Lektüre wünscht die Fraktion DIE LINKE. im RVR!

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz

Inhaltsverzeichnis:

Wichtiges aus der 28. Verbandsversammlung

Sozialtarife in den Freizeitgesellschaften des RVR – Fehlanzeige

Regionalplanänderungen für Flächen in Haltern am See und Waltrop beschlossen

Beteiligungsverfahren für den Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte beginnt jetzt

Fortschreibung des Gleichstellungsplans auf Initiative der Fraktion diskutiert

Revierpark Gysenberg ab 2021 unter neuer Betriebsführung – Hin und Her hat ein erstes Ende gefunden

Sonderzuschüsse an Beteiligungsgesellschaften bis Ende des Jahres auf den Weg gebracht

Regionales Wohnungsmarktkonzept dringend notwendig – Linke setzt sich für Neuausrichtung ein

Die Fraktion fragt nach:

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Freizeitgesellschaften

Möglichkeit der Rückführung von industriell genutzten Flächen in das Verbandsverzeichnis Grünflächen

Situation des Vereins „Freunde des Bahnbetriebswerkes Bismarck e.V.“ und Perspektiven für das Gelände

Die neue Fraktion DIE LINKE im RVR hat sich konstituiert

Einige Pressemitteilungen

Wichtiges aus der 28. Verbandsversammlung

Sozialtarife in den Freizeitgesellschaften des RVR – Fehlanzeige

Bereits vor vier Jahren hat es bei der Gründung der neuen Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH den klaren Auftrag an die Geschäftsführung gegeben, die Einführung eines einheitlichen Tarifes mit Sozialtarifen zu prüfen der Verbandsversammlung und einen Vorschlag zur Umsetzung zu unterbreiten. Gefolgt war daraus nichts! Auf unsere Anfrage zum Stand der Einführung der Tarife hat die Geschäftsführung mitgeteilt, dass dies zu kompliziert sei, man bereits eine ausgewogene Tarifstruktur hätte. Auf die Frage, warum es trotzdem möglich war, nach Wiedereröffnung der Einrichtungen Corona-Sondertarife einzuführen, fehlt bis heute die Antwort.

Um dieser Ignoranz der Geschäftsführung etwas entgegen zu setzen, hat die Fraktion den Antrag zur Einführung eines Sozialtarifs in Teile der Einrichtungen ab 2021 eingebracht.

Nur die Piraten stimmten für unseren Antrag. Einige Mitglieder des Ruhrparlaments von SPD und Grünen haben sich enthalten. Die XXL-Koalition, FDP und AfD stimmten dagegen. Vor dem Hintergrund, dass die meisten Großstädte in der Region zum Teil deutliche Ermäßigungen in den Bädern aus sozialen Gründen haben, ist es umso unverständlicher, dass ausgerechnet die Freizeitgesellschaften des RVR keine Sozialtarife haben werden. Dabei ist die Armut in der Region nicht nur verfestigt, sondern steigt insgesamt weiter an.

Klar ist, an dem Thema bleibt DIE LINKE weiter dran!

Regionalplanänderungen für Flächen in Haltern am See und Waltrop beschlossen

Um perspektivisch weiterhin besondere Sande und Kiese in Haltern am See abbauen zu können, die beispielweise für Gießereien von Bedeutung sind, hat die Fraktion DIE LINKE der Erweiterung der Abgrabungsfläche zugestimmt.

Im Vorfeld haben wir uns intensiv mit den umweltfachlichen Belangen auseinandergesetzt. Bei der Beratung im Planungsausschuss haben wir eingefordert, dass bei dem nachfolgenden bergrechtlichen Verfahren die Frage der Verhinderung der Absenkung des Grundwasserspiegels und die Einrichtung eines Grundwassermonitorings seitens der zuständigen Behörden für die gesamte Region erfolgt.

Zugestimmt hat unsere Fraktion auch der Änderung des Regionalplans im Bereich der Stadt Waltrop, um die Erweiterung des Standortes der Firma Langendorf (Fahrzeugbaufirma) zu ermöglichen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und einen Weggang der Firma zu verhindern. Aus unserer Sicht liegt es nun in der Verantwortung der Stadt Waltrop, die freiwerdende Fläche im Siedlungsbereich neu, insbesondere unter ökologischen Gesichtspunkten zu entwickeln. Bleibt abzuwarten, wann die Ansiedlung am neuen Standort erfolgen kann, da die Stadt Dortmund und die Bürgerinitiative Dortmund Groppenbruch eine Klage dagegen anstreben.

Beteiligungsverfahren für den Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte beginnt jetzt

Bereits in der Verbandsversammlung am 15. Juni 2020 ist der Beschluss über die Erarbeitung des Sachlichen Teilplans Regionale Kooperationsstandorte gefasst worden. An 24 Standorten im Ruhrgebiet sollen durch Kooperation von mindestens zwei Kommunen neue Flächen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe ausgewiesen werden. Anders als bei einem „klassischen“ Gewerbegebiet in kommunaler Entwicklung sollen hier Unternehmen ab einer Netto-Ansiedlungsgröße von mind. 5 ha ansässig werden.

Bis zum 30. November 2020 können ab sofort Bürger*innen und öffentliche Stellen ihre Stellungnahme zu dem Plan abgeben. Je nachdem, ob ein Meinungsausgleichstermin notwendig ist, wird eine Befassung der neuen Verbandsversammlung im März oder Juni 2021 erfolgen.

Die Unterlagen zu den Verfahren kann man unter <https://www.rvr.ruhr/themen/regionalplanung-regionalentwicklung/regionalplan-ruhr/kooperationsstandorte/> abrufen.

Fortschreibung des Gleichstellungsplans auf Initiative der Fraktion diskutiert

Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten des RVR über die Fortschreibung des Gleichstellungsplans bis 2025. Die Fraktion DIE LINKE hatte angeregt, dass der Bericht, der gerne einfach „abgehakt“ wird, von der Gleichstellungsbeauftragten noch einmal erläutert wird, was diese gerne tat.

Der Anteil der Frauen in Führungspositionen und an der Gesamtbelegschaft hat sich beim RVR in den letzten drei Jahren verbessert, er beträgt aktuell 55 Prozent. Trotzdem ist bei manchen Kennzahlen Luft nach oben. Das betrifft die Erfüllung der Quoten bei der Erhöhung des Frauenanteils in den einzelnen Gehaltsstufen, insbesondere in den Führungspositionen und im technischen Bereich.

Dringend notwendig ist dagegen die Senkung des Anteils von Frauen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen in den nächsten fünf Jahren. Aktuell sind 86 % der 146 in Teilzeit Beschäftigten Frauen. Ein Instrument, dies zu ändern, ist die Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzeptes durch konkrete Ziele. Genau das hat unsere Fraktion bei den letzten Haushaltsberatungen bereits gefordert, ohne Gehör zu finden. Bleibt abzuwarten, ob insbesondere die neue SPD-Fraktion, die sich nach eigenen Aussagen intensiv mit Frauenförderungsfragen auseinandergesetzt hat und auf schnelle Lösungen Wert legt, nun auch mit Vorschlägen um die Ecke kommen wird.

Die Besonderheit des Plans beim RVR? Da sich die Gleichstellungsstelle beim RVR als „Motor“ der Region versteht, Fragen der Chancengleichheit in der Regionalentwicklung und der kommunalen Planung zu verankern, wurden hierfür neue Zielsetzungen formuliert. Gender Mainstreaming regional zu denken und sich mit eigenen Beiträgen einzumischen, findet unsere Anerkennung.

Revierpark Gysenberg ab 2021 unter neuer Betriebsführung – Hin und Her hat ein erstes Ende gefunden

Seit einem Jahr hat die große Koalition einen Beschluss über die Zusammenarbeit der Revierpark Gysenberg GmbH, der Herner Bädergesellschaft GmbH und der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH auf die lange Bank geschoben. Die Stadt Herne wollte mit dem Gysenberg der Bädergesellschaft des RVR zwar nicht beitreten, aber die Übernahme der Betriebsführung von Gysenberg durch diese Gesellschaft. Der Vertrag sollte auf fünf Jahre abgeschlossen werden.

Unserer Fraktion erschien eine fünfjährige Erprobungsphase von Anfang an zu lang. Deshalb haben wir bereits vor einem Jahr die Verkürzung der Erprobungsphase auf zwei Jahre und eine Evaluation der Ergebnisse nach 12 Monaten beantragt. Nach langem Stillstand hat die GroKo in der letzten Verbandsausschusssitzung nun mit dem Vorschlag aus dem Hut gezaubert, den Vertrag auf drei Jahre zu begrenzen. Dem haben wir uns schließlich angeschlossen, da der Badbetrieb unter Corona-Bedingungen eingeschränkt wurde und wird, so dass diese Zeit nicht „normal“ gewertet werden kann. Wir sind dem Antrag der XXL-Koalition beigetreten.

Sonderzuschüsse an Beteiligungsgesellschaften bis Ende des Jahres auf den Weg gebracht

Um die Einnahmeausfälle und Corona-bedingten Mehraufwendungen der Freizeitgesellschaften ausgleichen zu können, stellt die Verbandsversammlung den Gesellschaften bis zum Jahresende weitere 3,9 Millionen Euro an Liquiditätszuschüssen zur Verfügung.

Regionales Wohnungsmarktkonzept dringend notwendig – Linke setzt sich für Neuausrichtung ein

Das zu erarbeitende Regionale Wohnungsmarktkonzept soll eine Orientierungsgrundlage für die strategische Steuerung des regionalen Wohnungsmarktes werden. Dabei geht es um die Schaffung und Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum sowie die qualitative und quantitative Versorgung aller Bevölkerungsgruppe.

Die Verwaltung schlägt vor, die Erarbeitung des Konzeptes um das Querschnittsthema Klimaresilienz und Umweltgerechtigkeit zu erweitern. Dazu sollen die Ergebnisse aus dem Bundesforschungsprojekt ZUKUR auf den Ebenen Region, Stadt und Quartier einfließen und weitere Bundesfördermittel für eine zweite Projektphase beantragt werden.

Im Vorfeld der Abstimmung hat die Fraktion nochmals deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Fragen der Nachhaltigkeit und Umweltgerechtigkeit in ein solches Konzept einzubringen und die notwendigen Ressourcen dafür bereitzustellen. Dabei sollte die Überlegung bis zur Einrichtung eines öffentlichen Bodenfonds gehen. Anders als im Vorfeld erwartet, hat die Verbandsversammlung der Fortführung des Projektes zugestimmt.

Die Fraktion fragt nach:

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Freizeitgesellschaften

Nach dem die Geschäftsführung der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH überlegt hat, aus Kostengründen Teilbereiche der Bäder und Saunen in einzelnen Revierparks zu schließen, wollte die Fraktion unter anderem wissen, was da dran ist und welche Auswirkungen dies auf die Mitarbeiter*innen hätte.

Die Überlegungen zu Schließungen sind vom Tisch, so dass die Gesellschaften erst einmal weiterhin unter Einhaltung der notwendigen Hygieneschutzvorschriften geöffnet bleiben.

Möglichkeit der Rückführung von industriell genutzten Flächen in das Verbandsverzeichnis Grünflächen

Zu den Pflichtaufgaben des Verbandes gehört es, Freiraum zu sichern und verloren gegangenen Freiraum zurückzugewinnen. Diese Veränderungen werden im Verbandsverzeichnis Grünflächen abgebildet.

Da einzelne Flächen, die in Verbandsgrünflächen liegen, durch die Verbandskommunen einer anderen Nutzung zugeführt werden, wollen wir wissen,

- welche Flächen aus dem Verbandsverzeichnis Grünflächen aktuell als ausgewiesene ASB-Flächen (Wohnen/Gewerbe) in Landschaftsschutzgebieten liegen und
- wie man erreichen kann, dass diese Flächen in Zusammenarbeit mit den Kommunen perspektivisch wieder in das Verbandsverzeichnis Grünflächen aufgenommen werden können.

Sobald die Antwort vorliegt, werden wir die Ergebnisse an die betreffenden Fraktionen und Kreisverbände im Ruhrgebiet weiterleiten, für deren Arbeit das sehr interessant sein kann.

Situation des Vereins „Freunde des Bahnbetriebswerkes Bismarck e.V.“ und Perspektiven für das Gelände

Das Gelände des Bahnbetriebswerkes in Gelsenkirchen gehört dem RVR und die Halle steht seit 1994 unter Denkmalschutz. Damit trägt der RVR Verantwortung für den Erhalt und die perspektivische Entwicklung des Gesamtgeländes.

Die Fraktion wollte in ihrer Anfrage unter anderem wissen, weshalb der Verein „Freunde des Bahnbetriebswerkes Gelsenkirchen-Bismarck e.V.“ eine Räumungsklage erhalten hat. Darüber hinaus wollten wir wissen, welche Perspektiven zur Nutzung die Verwaltung des RVR im Austausch mit der Stadt Gelsenkirchen sieht, die ggf. im Rahmen der IGA 2027 entwickelt und umgesetzt werden.

Die RVR-Verwaltung wird einen Ideenwettbewerb für das Gelände zur Erarbeitung nachhaltiger tragfähiger Nutzungskonzepte unabhängig der IGA 2027 starten. In diesen sollen die unterschiedlichen Dienststellen der Stadt Gelsenkirchen eingebunden werden. Im weiteren Austausch mit der Ratsfraktion in Gelsenkirchen wollen wir sowohl der Frage der weiteren Verortung des Vereins und der Entwicklung des Geländes nachgehen.

Die neue Fraktion DIE LINKE im RVR hat sich konstituiert

Für DIE LINKE ist das Ergebnis der ersten Direktwahl für das Ruhrparlament ernüchternd. Mit 4,1 % der Wähler*innenstimmen für das Ruhrparlament hat DIE LINKE gegenüber der letzten Kommunalwahl rund 1,2 % verloren, rund ein Fünftel der Stimmen. Besonders bitter ist, dass die rechtslastige bis rechtsextreme AfD gerade in den Ruhrgebietsstädten bis zu zweistellige Wahlergebnisse erhalten hat. Immerhin, DIE LINKE hat weiter 4 Mandate und liegt von der FDP.

Die neue Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hat sich bereits konstituiert und einstimmig Wolfgang Freye aus Essen zum Fraktionsvorsitzenden und Eleonore Lubitz aus Schwelm zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der Fraktion gehören weiterhin Fatma Karacakurtoglu aus Dortmund und Olaf Jung aus Gladbeck an.

Wir gratulieren allen bei der Kommunalwahl Gewählten herzlich und freuen uns auf einen konstruktiven Austausch!

Einige Pressemitteilungen

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook:
@DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.

Impressum:

DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen
V.i.S.d.P. Heike Kretschmer, Telefon: (0201) 2069-325
E-Mail: dielinke@rvr.ruhr, Internet: www.dielinke-rvr.de